

 KOLUMNE

Das postamerikanische Europa: Vertrauen wir den falschen Freunden?

Die EU klammert sich an die USA. Doch die Welt hat sich weiterentwickelt. Europa droht ein gespaltener Kontinent im Niedergang zu werden. Eine Kolumne.

Richard Sakwa

11.10.2025 ·  12.10.2025, 08:39 Uhr



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Donald Trump

Jacquelyn Martin/AP

Das Modell des Atlantizismus bröckelt. Ein Prozess, der lange vor der Wahl Donald J. Trumps zum US-Präsidenten begann. Die USA werden sich auf absehbare Zeit weiterhin stark in europäische Angelegenheiten einmischen, aber der Trend geht in Richtung eines Rückzugs Washingtons. Denn die USA wollen sich verstärkt auf innenpolitische Themen konzentrieren und sich der selbstgesetzten Herausforderung stellen, die aufstrebenden asiatischen Giganten China und Indien in Schach zu halten. Dabei spielt eine Reihe von Faktoren eine Rolle.

Die Vision der atlantischen Einheit wurde acht Jahrzehnte lang mit der Schaffung eines europaweiten Sicherheitsmodells erkaufte. Zu verschiedenen Zeitpunkten wurde dieses Modell in Frage gestellt oder der hohe Preis der Abhängigkeit von Washington kritisiert. Der Beginn des Kalten Krieges in den Jahren 1947–49 war zum Teil auf die Besessenheit Amerikas zurückzuführen, den Kommunismus unter dem Banner eines unklar definierten, aber mächtigen Konzepts der „Freiheit“ zu bekämpfen, was die politischen Optionen in Europa einschränkte.

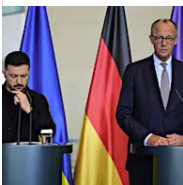
Sowjetunion schlug Nato-Beitritt vor

Nach dem Tod Stalins schlug Moskau 1954 einen Europäischen Sicherheitsvertrag vor, der die USA zunächst von den neuen Sicherheitsvereinbarungen ausschloss, später jedoch modifiziert wurde, um Washington einzubeziehen. Die Sowjetunion schlug sogar vor, der Nato beizutreten, was von Washington jedoch schnell abgelehnt wurde. Mit anderen Worten: Das Schicksal des Kontinents wurde nicht von Europa selbst, sondern außerhalb seiner Grenzen entschieden. Der Verlust der politischen Handlungsfähigkeit verstärkte sich danach nur noch.



+ Der Westen fällt auseinander: Die EU schafft sich neue Monster

Politik 16.08.2025



+ Ukraine: Wollen Merz und Selenskyj wirklich Frieden?

Politik 13.08.2025



Als Reaktion darauf griff Frankreichs Präsident Charles de Gaulle die Idee eines Europas als eine Art „dritte Kraft“ in der bipolaren Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR wieder auf und sprach von einem „Europa von Lissabon bis zum Ural“. Diese Idee wurde von Michail Gorbatschow in noch ambitionierterer Form aufgegriffen, als er ein „gemeinsames europäisches Haus“ von Lissabon bis Wladiwostok vorschlug. Noch 2008 sprach Präsident Wladimir Putin von einem „Groß-Europa“ mit pankontinentalen Dimensionen. All diese Initiativen wurden von den Verfechtern des atlantischen Machtsystems als Versuche verurteilt, einen Keil zwischen die beiden Flügel des Bündnisses zu treiben. Der Atlantizismus wurde konsequent zum Nachteil einer pankontinentalen Sicherheitsordnung durchgesetzt.

Die Alternative zum Atlantizismus ist heute nicht irgendeine Art von pankontinentaler Struktur, wie sie Frankreichs Präsident François Mitterrand in Form einer „Konföderation Europas“ vorgeschlagen hatte, sondern ein kleineres Europa, das auf sich allein gestellt ist. Die Beziehungen zu Russland sind unwiderruflich beschädigt, wahrscheinlich für eine Generation oder länger, während Amerika unter Trump zu seinen hemisphärischen Anliegen zurückkehrt, die seit seiner Gründung als Staat im Mittelpunkt der US-Außenpolitik standen.

Russland leitet seine Energieexporte heute in andere Länder

Die Welt hat sich jedoch weiterentwickelt, sodass Europa Gefahr läuft, zu einem gespaltenen und absteigenden Hinterland zu werden. Der Verlust billiger Energie aus Russland hat nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit einiger wichtiger europäischer Industriezweige, insbesondere der Chemie- und Fertigungsindustrie, beeinträchtigt, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien Indiens, Chinas und einiger anderer Länder gestärkt, da Russland seine Energieexporte nun in diese Länder umleitet.

Die Gründung zunehmend einflussreicher und mächtiger postwestlicher Institutionen wie der Brics-Plus-Allianz und der Shanghai Cooperation Organisation sind nicht antiwestliche Gremien, sondern postwestliche. Sie lehnen nicht nur die hegemoniale Führungsrolle der USA, sondern die Hegemonialpolitik im Allgemeinen ab. Darauf ist Europa noch nicht vorbereitet. Stattdessen neigt es dazu, bei der Ausarbeitung von Strategien gegenüber dem aufstrebenden Osten und dem globalen Süden dem Beispiel der USA zu folgen.

Richard Sakwa ist emeritierter Professor für russische und europäische Politik an der Universität von Kent. 

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.